

Bundesministerium des Innern

Dr. Thomas de Maizière
Minister des Innern
Alt-Moabit 101D
10559 Berlin

Berlin, 6.3.2015

Sehr geehrter Herr Minister,

wir wenden uns heute in einer dringenden humanitären Angelegenheit an Sie.

Es ist immer wieder erschütternd, davon zu erfahren, dass in Afghanistan Menschen von den Taliban bedrängt, verfolgt, bedroht und auch ermordet werden, weil sie während des Einsatzes der Bundeswehr dort vor Ort mit den deutschen Militärs zusammen gearbeitet haben.

Deutschland hat als ehemaliger Dienstherr die Fürsorgepflicht, muss diese Zustände wahrnehmen und schützend- helfend eingreifen!

Einem dieser Menschen ist es gelungen, nach Europa zu gelangen. Es handelt sich um den Arzt Ajmal Khan Arifi, der in einem Lübecker Flüchtlingsheim lebt. Er hatte als Arzt und als Dolmetscher für die Bundeswehr gearbeitet und war dann durch die Taliban in Bedrängnis geraten. Zunächst suchte er in der deutschen Botschaft Hilfe, bekam aber keinen Zutritt. Mit einem französischen Visum hat er Europa erreicht und kam, das liegt nahe, nach Deutschland. Für Deutschland hatte er gearbeitet, für diese Arbeit sollte er durch die Taliban zur Rechenschaft gezogen werden, die deutsche Sprache spricht er dem Vernehmen nach.

Nun versucht er verzweifelt, seine Familie nachzuholen. In Afghanistan schweben seine Frau und die fünf Kinder ebenfalls in Lebensgefahr. Weil sie von den Taliban bedroht werden, sind sie untergetaucht und leben in ständiger Angst, von den Islamisten entdeckt zu werden.

Sein Asylverfahren wird in Deutschland nicht anerkannt, weil Frankreich zuständig ist. Aber weder Frankreich noch Deutschland fühlen sich zuständig, die Familie zusammen zu führen und vor allem in Sicherheit zu bringen.

Auch ist unverständlich, dass einerseits davon gesprochen wird, Deutschland brauche Zuwanderung, andererseits aber in einem solchen Fall, einer qualifizierten Fachkraft, die bereits Deutsch spricht, die für den Unterhalt der ganzen Familie sorgen kann, wo also keine öffentlichen Mittel benötigt werden, keine Hilfe in Aussicht ist trotz der humanitären Not. Hier werden nicht die Gesetze bemüht zu helfen, sondern sie werden vorgeschoben und Bürokratie wird aufgebläht.

Es ist unverständlich, warum die Hürden der Bürokratie größer sind als die Pflicht zur humanitären Hilfe wie das Gebot der Mitmenschlichkeit und die Kraft der Vernunft.

Wir bitten Sie, sich persönlich für diesen Fall und diese Familie einzusetzen und die Gesetze im Sinne Jesu zu handhaben: Die Gesetze sind für die Menschen da und nicht der Mensch für die Gesetze. („Der Sabbat wurde doch für den Menschen geschaffen und nicht der Mensch für den Sabbat“ – Markus 2,27)

Mit freundlichen Grüßen

Julia Scharf, Vorstandsmitglied

Mitunterzeichnende:

Titus Rebhann, Vorstandsmitglied
Stephan Patzelt, Sprecher des Kreisverbandes
Ernst-Gottfried Buntrock, Mitglied des Kreisverbandes
Erika Buntrock, Mitglied des Kreisverbandes
Hans-Joachim Selle, Vorstandsmitglied
Beate Buchwald, Fraktionsmitglied der BVV
Bernadette Kern, Fraktionsvorsitzende
Stefan Ziller, Mitglied des Kreisverbandes
Nickel von Neumann, Fraktionsmitglied der BVV
Siegfried Leittretter, Mitglied des Kreisverbandes